

105. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann legt die Bundesregierung einen Verordnungsvorschlag zur Novellierung der Bußgeldkatalog-Verordnung (BKatV) vor, der die durch Bundesverkehrsminister Scheuer auf dem Nationalen Radverkehrskongress angekündigte Erhöhung der Bußgelder für Falschparken enthält (www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2019/040-scheuer-radverkehrskongress.html), und um welchen Betrag plant die Bundesregierung die Bußgelder bei den entsprechenden Bußgeldtatbeständen zu erhöhen (bitte je Bußgeldtatbestand in Euro und Prozent auflisten)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann
vom 4. Juni 2019**

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat zur Umsetzung des Koalitionsvertrags die Bundesanstalt für Straßenwesen mit der Evaluierung des Bußgeldkatalogs (BKat) beauftragt. Eine Erhöhung der Bußgelder für das Parken auf Schutzstreifen und in zweiter Reihe ist noch für dieses Jahr vorgesehen. Die Abstimmungen hierzu laufen.

106. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stellt die Umwidmung einer Fahrbahn bzw. die Umwidmung von Parkplätzen zugunsten eines Radwegs nach Auffassung der Bundesregierung einen Entzug von Gemeingebrauch dar, und falls ja, wird die Bundesregierung eine Änderung in der StVO, der zugehörigen Verwaltungsverordnung (VwV-StV) bzw. des Straßenverkehrsgesetzes mit dem Ziel, Umwidmungen zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsarten deutlich zu erleichtern, vornehmen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann
vom 4. Juni 2019**

Wird die komplette Straßenfläche als Radweg eingerichtet und damit bestimmten Verkehrsarten (Kfz-Verkehr) entzogen, handelt es sich um eine Teileinziehung. Wird nur eine Teilfläche Radweg und wird die Straße zu diesem Zweck quasi längs geteilt, ist es jedoch keine Teileinziehung, da die Straße nach wie vor dem gesamten Verkehr zur Verfügung steht.